

Zwischen Trump und Teheran

Nächste Woche treten Amerikas Iran-Sanktionen in Kraft – die Europäer fürchten Böses / Von Andreas Ross

Die Uhr tickt laut, doch ansonsten herrscht Stille. Am Sonntag endet um 23.59 Uhr Washingtoner Zeit die Frist, die Präsident Donald Trump der Welt gesetzt hat, um Ölimporte aus Iran und die meisten Finanztransaktionen mit dem Land zu beenden. Die Amerikaner benutzen die Welthandelswährung Dollar als Hebel, um auf eigene Faust das Sanktionsregime wiederaufzubauen, mit dem Washington, die Europäer und andere Mächte Teheran vor Jahren gemeinsam an den Verhandlungstisch gezwungen hatten. Dort war dann jenes Atomabkommen ausgehandelt worden, das Trump für den „dämlichsten Deal aller Zeiten“ hält.

Sein Vorhaben, Iran gegen den Willen der einstigen Partner zu isolieren, wirkt für die von Sekundärsanktionen bedrohten Banken und Unternehmen aus der ganzen Welt zig praktische Fragen auf. Doch europäische Diplomaten erhalten in Washington bis heute kaum Antworten. Vertreter deutscher Unternehmen, die beispielsweise Medikamente oder Baustoffe nach Iran liefern wollen, waren für diese Woche zu einem Informationsgespräch in die amerikanische Botschaft in Berlin eingeladen gewesen. Vorige Woche wurde der Termin abgesagt.

Zum einen deutet das darauf hin, dass die Beamten im amerikanischen Finanz- oder Außenministerium selbst noch nicht wissen, wie weit der Präsident gehen will. Kommen wichtige Ölimporteure wie Indien oder die Türkei doch ungestraft davon, wenn sie ihre Einfuhren zunächst bloß um 20 Prozent drosseln, wie es kürzlich hieß? Schrecken die Amerikaner davor zurück, auch die in Europa ansässige

Genossenschaft Swift mit Sanktionen zu bedrohen, über deren Kommunikationssystem ein Großteil aller internationalen Finanztransaktionen abgewickelt wird? Werden Kooperationsprojekte, die eine ausschließlich friedliche Nutzung der Atomenergie durch Iran sicherstellen sollen, jetzt sabotiert, indem Amerika auch die iranische Atombehörde auf seine schwarze Liste setzt? Es wird allgemein vermutet, dass Trumps Sicherheitsberater John Bolton in allen diesen Fragen eine kompromisslose Linie vertritt, während Finanzminister Steven Mnuchin aus Angst um die Weltwirtschaft zur Mäßigung mahne. Trump wird die heikelsten Streitfragen wohl auf den letzten Drücker zwischen zwei Kundgebungen klären. Denn einen Tag nach dem Wiederinkrafttreten der Sanktionen wählen die Amerikaner am Dienstag den Kongress.

Zum anderen dürften die Amerikaner ihre Karten auch deshalb noch nicht auf den Tisch legen, weil die Ungewissheit ihnen nützt. Vom Iran-Geschäft europäischer Firmen ist schon jetzt kaum etwas übrig. Nicht nur Konzerne wie Total oder Siemens haben aus Angst um ihr Amerika-Geschäft Verbindungen nach Iran gekappt. Auch Mittelständler, die nichts mit dem nun wieder sanktionierten Energiegeschäft zu tun haben, gehen auf Distanz. Der Export von Arzneimitteln und anderen Verbrauchsgütern war zwar sogar vor fünf Jahren erlaubt, als Amerikaner und Europäer ein beispiellos enges Sanktionsnetz geknüpft hatten. Solange die Unternehmen das aber nicht schriftlich haben, halten sie sich lieber zurück.

In europäischen Regierungen verstärkt sich das Gefühl der Demütigung. Selbst

Minister blitzen in Washington ab, wenn sie um Klarheit bitten. Deshalb rüsten sich europäische Unterhändler für einen weiteren finsternen Tag im transatlantischen Verhältnis. Sie befürchten, dass Trump den Stichtag nicht nur nutzen werde, um sich seiner beispiellosen Härte gegenüber Teheran zu rühmen, sondern auch, um den unbotmäßigen Europäern neuerlich Komplizenschaft mit dem dortigen „Mörderregime“ zu unterstellen.

Eine Spur optimistischer klingt Ellie Geranmayeh vom Londoner Büro der Denkfabrik „European Council on Foreign Relations“. Da Amerika sein Nahziel schon erreicht habe, das europäische Iran-Geschäft weitgehend zum Erliegen zu bringen, könnte es den Europäern nun etwas „Luft zum Atmen“ lassen, spekuliert sie. Denn auch den Amerikanern nütze es, wenn die Europäer Iran weiterhin davon abhalten könnten, aus dem Atomabkommen auszusteigen und derzeit verbotene Nuklearaktivitäten wiederaufzunehmen. Ein Signal in diese Richtung wäre es, wenn die Amerikaner Swift verschonten. Die Europäer mahnen, dass man Iran schon deshalb nicht von dem Swift-System abkoppeln dürfe, um nicht jede Kontrolle über seinen Zahlungsverkehr zu verlieren. Ein positives Zeichen wäre es auch, wenn die iranische Atombehörde nicht mit Sanktionen belegt würde. Denn dann könnten etwa die Briten fortfahren, in Kooperation mit Iran Nuklearanlagen in dem Land so umzurüsten, dass sie nicht mehr für die Herstellung von waffenfähigem Spaltmaterial geeignet wären.

Ihrem Ohnmachtsgefühl haben die Europäer im September getrotzt, als sie die Gründung einer neuartigen Einrichtung

ankündigten, welche Handel mit Iran vom strafenden Arm der Amerikaner abschirmen soll. Faktisch läuft das geplante „Special Purpose Vehicle“ (SPV) auf eine Art Tauschbörse hinaus. Sie soll gerade kleineren und mittleren Unternehmen aus Europa Iran-Geschäfte ermöglichen, ohne dass sie auf den regulären, meist in Dollar abgewickelten Zahlungsverkehr der Banken angewiesen wären. Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo hatte gegen die Ankündigung in scharfen Tönen protestiert. Allerdings wissen die Amerikaner, wie schwer sich die Europäer mit dem Vorhaben tun. Bisher hat sich noch nicht einmal ein EU-Land gefunden, das bereit wäre, die Einrichtung zu beherbergen.

Zum Sanktions-Stichtag nächste Woche wird es das SPV auch deshalb bestenfalls als leere „Hülle“ geben. Es ist ohnehin nicht so, dass europäische Mittelständler Schlange stünden, die Lücken zu füllen, die große Konzerne beim Rückzug aus Iran hinterlassen haben. Dafür kann der gemäßigte Präsident Hassan Rohani im inneriranischen Machtkampf das SPV anführen, um zu zeigen, wie weit sich die Europäer „für Iran“ aus dem Fenster lehnen.

Allerdings wollen die Europäer nicht den Eindruck erwecken, es gehe ihnen um pure Symbolik für Teheran. Das SPV soll eines Tages wirklich funktionieren und dient insofern auch der Selbstbehauptung gegenüber den Vereinigten Staaten und deren neuen Unilateralismus. Es soll aber kein Signal der Konfrontation sein, beteuern Diplomaten. Denn ohne Amerika, so viel bleibt in Europa Konsens, werde man es nicht schaffen, Iran von der Destabilisierung des Mittleren Ostens abzuhalten.